

Digitale Ratsarbeit

„Ein Wochenbeginn ohne Termine - alle Veranstaltungen wurden abgesagt“ mit diesen Worten begann für einige Bürgerinnen und Bürger die Pandemie im März 2020. Mit voller Wucht veränderte Corona das öffentliche Leben und den Berufsalltag - auch den politischen Betrieb. In kürzester Zeit mussten wir lernen, dass Ratsitzungen und Veranstaltungen auch in der digitalen Welt funktionieren können – zu Beginn mit einigen technischen Schwierigkeiten. Wir alle haben besondere Erfahrung im Umgang mit der digitalen Technik erfahren müssen.

Nach zwei Jahren hat sich die Lage um das Virus verändert, zwar ist Corona weiterhin Bestandteil unseres Alltags. Doch wir versuchen gerade einen „normalen“ Umgang mit dem Virus zu finden, denn Corona wird voraussichtlich nicht verschwinden.

Gegenwärtig kehren in der Kommunalpolitik die Mitglieder im Gemeinderat und Bezirksbeirat zu Präsenzsitzungen wieder zurück. Die Sehnsucht, sich wieder persönlich zu sehen, ist bei einigen sehr groß, denn auch Körpersprache, Rhetorik und Gespräche abseits der Sitzungen gehören zur politischen Willensbildung dazu. Doch was bleibt von der Digitalisierung in den vergangenen zwei Jahren übrig?

„Wir als CDU-Gemeinderatsfraktion sind der Auffassung, dass wir die Entwicklungen und Vorteile der Digitalisierung als zeitgemäße Anforderung an die kommunale Selbstverwaltung weiterhin nutzen wollen. Trotz des räumlichen Abstands haben wir gemerkt, dass digitale Sitzungen auch erhebliche Vorteile mit sich bringen. Einerseits in der Vereinbarkeit zwischen Ehrenamt, Familie und Beruf sowie bei der Gewinnung von Gesprächspartnern aus anderen Städten. Andererseits sind diese Formate auch eine gute Teilhabemöglichkeit für die Öffentlichkeit. Infolgedessen würden wir uns wünschen, dass digitale Sitzungen für einen gewissen Teil der Gremiensitzungen weiterhin Bestandteil in der Kommunalpolitik bleiben. Das Land hat hierzu bereits zu Beginn der Pandemie rechtliche Möglichkeiten für Kommunen auch außerhalb von Sondersituationen geschaffen. Wir wünschen uns zudem, dass die Stadt noch eine rechtliche Möglichkeit schafft, dass die Öffentlichkeit in Form eines Live-Streams integriert werden kann, um den Öffentlichkeitsgrundsatz zu wahren“, so der Fraktionsvorsitzende Alexander Kotz.